

Antragsteller: Junge Liberale

Betrifft: **Informationsfreiheitsgesetz nicht aufweichen!**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesrat hat kürzlich eine Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes beschlossen, die Zustimmung des Bundestags steht noch aus.

Die FDP Bayern fordert diesbezüglich den Erhalt des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) in der bisherigen Form, da es die Rechte des Bürgers gegenüber der Bürokratie im Vergleich zu den vorherigen Regelungen signifikant stärkt und nicht - wie vereinzelt verlautbart – das Bankgeheimnis beschneidet.

Die FDP Bundestagsfraktion wird in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Gesetzesänderungsentwurf vom Landesverband der FDP Bayern unterstützt und der Bundestag aufgefordert, die geplanten Änderungen abzulehnen. Sollte die Gesetzesänderung an den Bundesrat zurückverwiesen werden, wird die bayerische Staatsregierung aufgefordert nicht mehr dafür zu stimmen bzw. den Antrag zurück zu ziehen und wird die bayerische FDP-Landtagsfraktion aufgefordert, sich geschlossen für eine solche Haltung auch in der Außendarstellung einzusetzen.

Begründung:

Am 5.2. berichtete das ARD-Magazin Kontraste, dass der Freistaat Bayern, bislang von der medialen Öffentlichkeit völlig unbemerkt, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Beschneidung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) durchgesetzt hat.

Die Financial Times Deutschland schreibt am 6.2. unter dem Titel „Bayern plant Mauer um Finanzaufsicht“ dazu:

„Künftig sollen Bürger, Anleger, Wissenschaftler und Medien keine Akteneinsicht mehr erstreiten können, wenn es um die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank geht. Der Vorstoß würde die Transparenz für Verbraucher so gut wie abschaffen und Politikern und Bankern helfen, Fehler zu vertuschen, glauben Kritiker.“

Gerade bei der Hypo Real Estate (HRE) und der Bayerischen Landesbank (BayernLB), besteht die Gefahr, dass Versäumnisse von Politikern vertuscht werden sollen. Außerdem ist zu befürchten, dass die vielen Unternehmensrettungsaktionen im Zuge der Finanzkrise noch ungerechter und undemokratischer durchgeführt werden, da bei fehlender öffentlicher Kontrolle der Anreiz höher ist, den Lobbyisten zuzuarbeiten. Unabhängig davon sind auch viele Bürgerinnen und Bürger betroffen, die im Rechtsstreit mit Banken und Kapitaldienstleistern stehen. Die FDP als liberales Korrektiv darf diesen Einschnitt in das bewährte Informationsfreiheitsgesetz deshalb nicht zulassen.

Zur Information:

Artikel der FTD (6.2.):

Akteneinsicht bei Bafin

Bayern plant Mauer um Finanzaufsicht

von Monika Dunkel (Berlin) und Karsten Röbisch (Frankfurt)

Mitten in der Finanzkrise plant der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), das Informationsfreiheitsgesetz einzuschränken. Danach sollen Bürger bei der BaFin keine Akteneinsicht mehr haben. Der Bundesrat hat schon zugestimmt.